

So soll die wiederhergestellte englisch-französische Freundschaft eingeleitet werden in die Idee einer größeren internationalen Verständigung, deren auch so unzulängliches Werkzeuge der Völkerbund ist. Sein Ansehen wünschen sowohl Macdonald als Gerriot zu stärken. Der Weg dahin führt äußerlich und nach den Formen und Regeln der hergebrachten Diplomatie zunächst über eine interalliierte Verständigung; inhaltlich aber über die Lösung dreier wichtiger Fragen: der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, des Verhältnisses zu Amerika und der Beziehungen zu Rußland.

Die interalliierte Konferenz, die Mitte Juli zusammenzutreten soll, ist demgemäß eine mehr formale Angelegenheit. Das Verhältnis zu Belgien bietet dem englischen Standpunkt aus keinerlei Schwierigkeiten; man hat Belgien stets als ein Anhängel Frankreich betrachtet. Die einzig mögliche Veränderung wäre, daß Belgien bis dahin auch insofern dem französischen Beispiel folgt, daß es keine nationalpolitische Regierung durch eine demokratische erliest, an der die belgische Arbeiterpartei maßgebenden Anteil nehmen würde — ein Wechsel, der schon vor einigen Wochen zu erwarten war und nur dadurch verhindert wurde, daß man damals in Belgien nicht wagte, vor dem Angeficht Poincarés eine Regierung zu haben, die die französische Außenpolitik nicht mitmachen wollte. Heute, da mit Poincaré auch dieses Hindernis gefallen ist, erwartet man den dritten Sturz des dreimal gestürzten Notministeriums Theunis von Tag zu Tag.

Interessanter ist das Verhältnis zu Italien. Der englischen Bourgeoisie hat bisher der Faschismus mächtig imponiert und ihre Presse hat Mussolini — insbesondere anlässlich der letzten Wahlen in Italien — in geradezu skandalöser Weise gebühert. Diese Sympathie ist in gewisser Hinsicht ein Gegenstück zu der Reizung mancher Kreise der englischen Arbeiterpartei für Rußland; eine durch keinerlei Kenntnis getriebene gefühlsmäßige Liebhaberei für Methoden, für deren Anwendung in eigenen Land man sich wahrscheinlich bedanken würde. Immerhin spricht aus der Sympathie des englischen Bürgertums für die italienischen Arbeiterpartei ein Anstich der Massenloyalität, den auch die Sensation des jüngsten schmerzlichen Todes an Matteotti nicht ganz zu erschüttern vermochte. Man ist sehr bemüht, an Mussolinis persönliche Unschuld glauben zu machen; aber innerhalb eines Systems, das stets die Identität von faschistischer Partei und Regierung und die Abschaffung der demokratischen Verantwortlichkeiten als Errungenschaften ausgeschrieben hat, ist das Konzept der Autokratie mehr als anderswo auch für die Mittelstufen ihrer dreigliedrigten Organe verantwortlich. Man mag daher gespannt sein, wie sich die englische Arbeiterregierung zu dem Besuch ihres Massenfeindes, als Oberhaupt eines „befreundeten“ Staates, des Norders Matteotti, verhalten wird.

Das Verhältnis zwischen England und Amerika ist psychologisch das einer achtungsvollen Rivalität, die unter der Geißel der Freundschaft der beiden großen englischsprechenden Nationen geringes gegenseitiges Verständnis verdeckt. Politisch liegt die Entscheidung auf der Seite Amerikas und die Frage, ob die Vereinigten Staaten ihre Abstinenz von europäischen Dingen beibehalten oder aufgeben sollen, wird zweifellos bei den bevorstehenden Präsidentenwahlen eine Rolle spielen; erst nach dieser ist daher eine Klärung der amerikanisch-europäischen Beziehungen zu erwarten. Dagegen stehen die Beziehungen zwischen Rußland und dem übrigen Europa bereits seit Wochen zur Verhandlung; auf der englisch-russischen Konferenz, von deren Verlauf wohl auch das Zustandekommen französisch-russischer Verhandlungen abhängt, über die Gerriot zweifellos in London verhandelt hat und über die auch bereits in Paris verhandelt werden dürfte. Nun, der Fortgang der englisch-russischen Konferenz ist keineswegs ermutigend; sei es, daß die englische Regierung in der Auswahl ihrer Unterhändler — vorwiegend Beamte des Außenministeriums — nicht sehr glücklich war, sei es, daß die Russen die Anleihe, auf die es ihnen hauptsächlich ankommt, von den englischen Bankiers nicht bekommen und daher an den übrigen Verhandlungen über so wichtige Dinge wie die Anerkennung der alten Jarenkschulden kein Interesse haben — hier kann es jedenfalls noch manche Enttäuschung geben. Und zwar ebenso für die Bolschewisten, die die Verhandlungen mit der sonst so verlässlichen Regierung der englischen „Sozialverräter“ als einen großen Erfolg des Bolschewismus ausposaunt haben, wie bei vielen Anhängern der englischen Regierung, in deren Augen ein Mißerfolg der Verhandlungen ein arger Fehler wäre. Ob über diese Enttäuschungen das Dinner hintergeholfen wird, das die englischen Gewerkschaften und die Labour Party auf Veranlassung einiger der reformistischen Bolschewistenfreunde den russischen Delegierten geben?

Allein jenseits dieses Englischen, allzu Englischen ist die Tatsache, daß zum erstenmal in der Geschichte die Arbeiterregierungen zweier Weltreiche miteinander an Verhandlungstisch beizusitzen, ein Ereignis von untergeordneter Bedeutung. Die englische Regierung — und das gilt zum Teil auch von der russischen — mag regieren wie immer; daß sie regiert hat, daß die Arbeiter sich fähig gezeigt haben, zu regieren, das bleibt bestehen und muß die englischen Arbeiter künftighin immer unsfähiger machen, sich noch einmal von der Bourgeoisie beherrschen zu lassen. Zur gleichen Zeit haben die französischen Arbeiter einen Sieg errufen: wer hätte es vor einem Jahre vorauszufragen gewagt, daß nicht nur Poincaré, sondern auch Willierand mit Schande davon gejagt würde? Und mögen auch die französischen „Radikalen“ über ihre eigenen großen Siege erschrocken sein, mag ihnen von der Anstrengung ihres eigenen Mutes der Atem ausgehen — es waren doch, als sich statt Baldwin und Poincaré Macdonald und Gerriot zusammensetzten, die Vertreter der siegreichen Demokratie in den beiden mächtigsten Staaten der alten Welt.

Das ist die bedeutendste Wandlung in diesem Jahre und sie ist zum guten Teil von England ausgegangen. Vor einem Jahre war England ein konservativ regiertes Land inmitten eines reaktionären Europa. Heute hat England eine demokratische Arbeiterregierung; das Verhältnis zwischen England und Europa hat seinen sozialen Charakter verändert. Noch laubert die Kontinentalrevolution in Deutschland, noch wütet und mordet sie in Ungarn und Italien; aber von England auf Europa übergehend hat die Demokratie sich wieder ihren Platz erobert, von dem aus die Arbeiterklasse fortzuschreiten kann.

**Hungernot im bolschewistischen Mittelrussland**  
 Seit den letzten aus Kaschirt eingegangenen Meldungen befinden sich 50 000 russische Bauern mit ihren Familien in der furchtbaren Hungernot. Das Zentralkomitee teilt mit, daß mindestens 5 Millionen Rubel aus Moskau erforderlich sind, um der Hungerkatastrophe abzuwehren, die eine Folge des Aufmarsches gegen die bolschewistische Wirtschaft ist. Durch die Zerschlagung des Bewässerungssystems ist die ganze Landwirtschaft vollständig ruiniert. Die Werte in auf Jahre hin vernichtet. Die notleidenden Tschukowen warten in großen Mengen nach Shima aus. Die Sowjetregierung ist bemüht, die Hungerbevölkerung aufzufressen.

## Württemberg's Zentrum gegen Marx

Von unserem Stuttgarter Sach-Mitarbeiter wird uns geschrieben:  
 Gegenüber der Behandlung des Reichstags kam es im württembergischen Landtag zu politischen Situationen, wie sie in Deutschland bisher denn doch noch nicht üblich gewesen sind. Das württembergische Zentrum regiert zusammen mit den aus Bürgerpartei und Bauernbund bestehenden Deutschnationalen. Der führende Kopf ist der deutschnationale Staatspräsident Bagille, der schon bei verschiedenen Gelegenheiten seine beiden Zentrumsminister ordentlich an die Wand rufen hat. Die Komplexion des württembergischen Zentrums gegen links hat ihm die sowieso viel schwächeren Möglichkeiten einer Koalition mit links vorzüglich so hart gemindert, daß es den Ambitionen der Rechtspartei ziemlich wehrlos ausgeliefert ist.

Staatspräsident Bagille nimmt in der Frage der Annahme und Durchführung des Sachverständigenrats eine mehr als zweideutige Haltung ein. Er kann sich weder zu einem Ja, zu dem er als Staatspräsident, noch zu einem Nein, zu dem er als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter verpflichtet sein würde, entscheiden. Im Herzen ist er natürlich bei den Schwabern. Dieser Zustand ist einfach unhaltbar, besonders wenn man die Wichtigkeit der in ihrer Macht im letzten Jahre so hart gemachten Regierungsmänner der einzelnen Länder im Auge hat.

Mit Rücksicht auf die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Regierungen der Länder am 3. Juli, sowie auf die Beratungen im Reichsrat über die zur Durchführung des Sachverständigenrats erforderlichen Gesetze hatte die sozialdemokratische Fraktion im Landtag beantragt, das Staatsministerium zu ersuchen, eine mit der bisherigen Haltung der Reichsregierung und dem Beschlusse des Reichstags übereinstimmende Haltung einzunehmen. Der Staatspräsident wehrte sich nach Kräften, hätte aber ohne die Hilfe des Zentrums seinen Standpunkt nicht durchsetzen können. Und da zeigte sich, daß dasselbe Zentrum, das nicht nur in Württemberg, sondern in dem letzten Reichstagsjahr einen Hauptkämpfer gegen die Erfüllungsbilligung der Reaktion gestellt hat, nämlich ungetrieben ist. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 21 Ja gegen 46 Nein abgelehnt. Sogar die Deutsche Volkspartei stimmte aus dem Zwange heraus, Stresemann und seine Politik zu schätzen, für unsere Anträge. Das Zentrum votierte dagegen und ließ seinen Reichstagskollegen Marx einfach fallen. Von den Anhängern von Doppelmandat war Herr Andre nicht angehen. Der Innenminister Holz aber nahm als württembergischer Abgeordneter und Minister eine Haltung ein, die der des Reichstagsabgeordneten Bagille glatt ins Gesicht schlägt. Dem württembergischen Zentrum erscheint es wichtiger, seine politische Radikalität im Reichsrat zu behaupten, als die Linie seiner eigenen Parteipolitik im Reich durchzuführen. Man muß annehmen, daß die Kurde vor Herrn Bagille in den Reichsratsreden geäußert ist, als die Symphonie für den eigenen Reichstagskollegen.

Ein ähnliches Bild ergab die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, der das Staatsministerium ersuchte, bei der Zulassung von Kundgebungen unter freiem Himmel in Zukunft unparteiisch zu verfahren. Bisher waren dem deutschnationalen Bauernbund Demonstrationen in Form von Freien gestattet, während dieselben den Sozialdemokraten verweigert wurden.

## Das bayerische Regierungsprogramm

München, 2. Juli. (Eig. Draht.) Am Mittwochsabend gab der neue Ministerpräsident Held dem Landtag die Ministerliste bekannt: Kultusminister Ratt, Innen: Stübel, Justiz: Gürtner, Finanz: Dr. Kraußel, Landwirtschaft: Fehr, Sozialminister: Oswald, Handel: v. Reineck. Der Ministerpräsident übernimmt das Außenministerium. Der völkische Abgeordnete erhebt Einspruch, weil das neue Ministerium entgegen dem früheren Landtagsbeschlusse nicht 5, sondern wieder 8 Minister zählt. Sein Fraktionskollege Dr. Wittmann beantragte, über das Vertrauen für die Minister einzeln abzustimmen. Die Völkischen wollten auf diese Weise erreichen, den beiden Ministern Ratt und Gürtner, die für sie „untragbar“ sind, des Amtes zu entsetzen. Die Mehrheit des Hauses lehnte jedoch den Antrag Wittmann ab, worauf der Präsident feststellte, daß die Ministerliste die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Darauf verlas der Ministerpräsident die Regierungserklärung, in der er zugibt, daß das politische Leben Bayerns und der bayerische Staat im vergangenen Jahre die allschwersten Erschütterungen erlitten habe. Die Hauptursache für diese Verhältnisse sieht Held in der Revolution von 1918, die das schwerste Verhängnis für die Selbstbestimmung des Volkes und seine Wohlfahrt gewesen ist. Das oberste Ziel der Regierung sei, diese Revolutionsergebnisse zu überwinden. Eine bewaffnete Macht außerhalb und neben der Staatsgewalt dürfe es in einem geordneten Staat nicht geben. Es folgte dann ein Appell an die Einheit des Reiches. Die wirkliche Lösung kam indes zum Ausdruck mit der Erklärung: „Wo Lebensnotwendigkeiten der Eigenstaatlichkeit Bayerns es verlangen, gehe ich auch einem Konflikt nicht aus dem Wege.“ Und dann kam die alte Forderung auf Aufhebung der Weimarer Verfassung entsprechend der bekannten Denkschrift, die unter der Regierung Anling verfaßt worden ist.

Es kann niemand darüber enttäuscht sein, daß das Programm des Ministerpräsidenten Held der Welt keine wesentlich neuen Gesichtspunkte bringt. Geld selbst wird kaum etwas dagegen haben, wenn man ihn und seine Regierung als die Repräsentanten der Politik bezeichnet, die seit der berüchtigten Märzaktion des Rapp-Büchse in Bayern, also seit dem März 1920, mit Ruhr in Schwung gekommen ist. Er wird um so weniger etwas dagegen einzubringen haben, als in seinem Kabinett zum überwiegenden Teil jene Männer sitzen, die mit eigenen Händen an der Schaffung jener „Unordnungszelle, in der kein Mensch mehr seines Lebens sicher ist“, mitgeschaffen haben.

Diese leidenschaftliche Fleißarbeit innerhalb des bayerischen Regierungssystems geht sowohl aus der Form wie aus dem Inhalt der Programmrede in ziemlich eindeutiger Herabsetzung hervor. Die Form ist präzis und weniger lässig als in jenen hoch klingenden Worten, mit denen man seit Jahr und Tag die weiblauen Eigenstaatlichkeit Bayerns gegenüber dem Reich zu betonen gewohnt ist. Auch der Ton dieser Worte klingt in manchen einschneidender und konsequenter; ihr Inhalt aber ist derselbe, den man in Bayern, im Reich und draußen in der Welt längst gewohnt ist: Bayern bekennet sich zwar mit freudiger Lippe zur Einheit und Geschlossenheit des Deutschen Reiches, will aber gleichzeitig eine Reihe der zu dieser Einheit und Geschlossenheit notwendigen Quader herausbrechen, um wieder ein „freier Einzelstaat in eigener Selbstbestimmung“ zu werden. Die geplante Zerschlagung der Weimarer Verfassung ist zur Genüge damit charakterisiert, daß auch die neue bayerische Regierung sich völlig auf den Boden der bekannten Denkschrift der Regierung Anling vom 4. Januar 1924 stellt. Keine noch so schönen Worte können über den wahren Charakter des heutigen amtlichen Bayern in dieser Hinsicht hinwegtäuschen.

Auch die neuere Definition des sogenannten nationalen Rechtskurzes wird niemand etwas Neues sagen. Man darf nur gespannt sein, ob es der neuen Regierung möglich wird,

teien der Linken, einschließlich den Deutschnationalen, verboten wurden. Unter Antrag fiel mit 41 Nein gegen 28 Ja und der Enthaltung des Zentrumsabgeordneten Andre. Das Staatsministerium stimmte geschlossen gegen den Bericht der Politik Bagille-Holz. Auch der Herr Justizminister, der Zentrumsmann Weberle, der kurz vorher noch emphatisch versichert hatte, daß er das Recht vertrete, stimmte für die verschiedenartige Behandlung der Staatsbürger. In Württemberg sind allmählich Zustände eingetreten, die nicht einmal der ähneren Form nach mehr denen eines Verfassungsstaates entsprechen. Bagille hat das Zentrum durch die ständige Drohung mit der Abberufung in Schwach, und die ganze Weisheit der auswärtlichen Regierungsmänner besteht in der rückwärtsgehenden Ausnutzung ihrer Mehrheit im Reichsrat, unter Beiseitefassung jeder Achtung vor Gesetz und Recht.

## Kleine politische Nachrichten

**Bürgerliche Regierung in Danzig**  
 Danzig, 2. Juli. (Eig. Draht.) Die Regierungskreise hat ihren vorläufigen Beschluß gefaßt, nachdem die Verhandlungen einer parlamentarischen Regierung aus Sozialdemokraten und Bürgerpartei geschlossen war, beschließen die bürgerlichen Parteien, vorläufig die parlamentarischen Senatoren mit der Durchführung der Gesetzgebung und der Neubildung der Regierung bis zum Abschluß eines Unterhandlungsverfahrens zu betrauen. Die Linke sah jedoch die Ministerkandidatur als unzulässig an und trat gegen die parlamentarischen Senatoren in Opposition. In der Abstimmung des Volkstags wurde jedoch, nachdem einer der unmittlerbaren Senatoren seinen Rücktritt erklärt hatte, ein Vertrauensvotum mit 15 gegen 40 Stimmen angenommen. Für das Vertrauensvotum stimmten die Deutschnationalen, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und ein Teil der Wirtschaftspartei, dagegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Polen und Tschechoslowaken. Die Erweiterung der Arbeiterregierung wird durch Annahme der Wirtschaftspartei nach dem Parlamentssturz erfolgen.

**Robert de Jouvenel †**  
 Paris, 2. Juli. (Eig. Draht.) Am Alter von 41 Jahren ist in der Nacht zum Mittwoch der Abgeordnete des linksständigen Centre, Robert de Jouvenel gestorben. Die französische Demokratie verliert in ihm einen ihrer aufrichtigsten und mutigsten Vorkämpfer, der französische Journalisten einen seiner besten und feinsten Köpfe. Zeitungsartikel, in denen Jouvenel häufig den Kampf gegen die Reaktion und die Sozialpolitik des nationalen Blochs geführt hat, waren jedesmal ein kleines Meisterwerk des Satzes und der Dialektik. Robert de Jouvenel war ein Bruder des ehemaligen Unterstaatssekretärs des Innern und Innenministeriums im letzten Kabinett Poincaré, Genie de Jouvenel.

**Arbeiterunruhen in Rußland**  
 Aus allen Ständen Rußlands gehen Meldungen von einer Zunahme der Arbeiterunruhen als Folge der Betriebsbeeinträchtigungen ein. Die Fabriken sind von Isolatoren, die rücksichtslos die Demonstranten niederdrücken, besetzt. In der Gegend von Protopopra haben die Arbeiter, nachdem vier ihrer Arbeitskollegen getötet waren, eine ganze Isolatorenabteilung gefangen genommen und entlassen. Die Arbeiter in dieser Gegend sind von den ausländischen Arbeitern besetzt. Mehrere Sowjetbeamte und Isolatoren sind getötet und zur Schau auf den Fabrikschornsteinen aufgehängt worden.

auch eine neue Variation dieses Kurzes „auf der Grundtatsache der gegebenen Verfassung“ ausfindig zu machen. Waren denn die Ruhr und Aniling nicht auch einmal die vielgepriesenen Männer von der starken Hand und was haben diese aus dem nationalen, Deutschland befreundeten Bayern gemacht? Etwas mehr als ein Schief des Gefühls der ganzen Welt? Dieses ganze Programm der Staatsautorität ist nichts anderes als ein laotender Aufbau papierner Phrasen, solange die Zusammenarbeit mit „allen vaterländischen Bewegungen und Organisationen“ kein Ende nimmt und solange auch der neue Ministerpräsident von der Möglichkeit träumt, daß diese unter der Oberfläche stehenden Verbände eines schönen Tages doch noch ihm und dem Herrn Pittinger von „Bayern und Reich“ untertan werden. Erst wenn hier einmal die bayerische Regierung reinen Tisch zu machen sich ehrlich zur Aufgabe stellt, erst dann können die Worte von Volksgemeinschaft und politischer Gemeinschaftsarbeit ernst genommen werden.

## Bayern, Reichsbahn und Erfüllungspolitik

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages, der am Dienstag zum ersten Male zusammentrat, beschloß sich in nahezu siebenstündigen Beratungen mit dem Sachverständigenrat zu beschäftigen und der Frage der Umwandlung der Reichsbahn auf Grund des Dawes-Bütadens. Bayern hat dabei beinahe ein besonderes Interesse, da es diese Frage berührt mit der Möglichkeit der Rückgewinnung des ehemals bayerischen Eisenbahnnetzes. Die Völkischen redeten einer glatten Ablehnung des Gutachtens des Wort. Anders die Deutschnationalen, die in ihrer Erkenntnis doch schon so weit vorgedrungen sind, daß diese Frage von Bayern aus überhaupt nicht zu lösen ist. Außerdem sind sie in Bayern Regierungspartei und haben sich deshalb mit der bayerischen Volkspartei auf einen sogenannten Kompromißantrag geeinigt, der die völkischen Anträge abzurufen soll. Am Namen der bayerischen Regierung unterschrieb der Handelsminister von Reineck, der in dieser Frage wiederholt mit den ausländischen Stellen in Berlin verhandelt hat, den Standpunkt der bayerischen Regierung.

Unter Ablehnung der völkischen Anträge wurde schließlich folgender Antrag der Koalitionsparteien mit wechselnden Mehrheiten angenommen:

1. Der Landtag stellt fest, daß zur Hebung der des Betriebes der Reichsbahn an eine Konzeptionsgesellschaft gemäß § 8 des Staatsvertrags über den Übergang der Staatsbahnen auf das Reich die Zustimmung Bayerns und der übrigen Eisenbahnländer notwendig ist.
2. Der bayerische Landtag beschließt, daß, wenn der Gesetzentwurf des Reiches wirklich von einem Verlebenssystem ausgehen sollte, das, wie verläutet, durchaus unrentabel und rein international eingestellt ist und den Lebensinteressen des Reiches sowie den berechtigten Ansprüchen der Eisenbahngläubiger nicht Rechnung trägt, Bayern seine Zustimmung nicht geben darf. Diese Frage wird zur vorläufigen Klärung einem besonderen Landtagsausschuß überwiesen.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, wenn der Gesetzentwurf zum Vollzug des Gutachtens eine Änderung von Bestimmungen der Reichsverfassung enthalten sollte, dann die gegebenen Vorbedingungen für eine verfassungswidrige Gesetzgebung zu erwirken.

Der mit Einschluß der Deutschnationalen gefaßte Beschluß legt die Annahme der Gutachtens voraus. In Bayern sind also die Deutschnationalen als Regierungspartei ebenso unter die Erfüllungspolitik gegangen, wie die Gesinnungsgenossen des Herrn Westarp in Thüringen und Herr v. Brandenstein in Mecklenburg.

Die De...  
 nach das...  
 wenn im...  
 den kann...  
 lassen. O...  
 die tiefe...  
 lichteit d...  
 daß nicht...  
 sondern i...  
 Zunahme...  
 Jahr ab...  
 es sind d...  
 auf 336...  
 von fast...  
 noch die...  
 des Zent...  
 welche in...  
 so darf...  
 mens 4...  
 meile, ge...  
 deuten g...  
 sombernd...  
 dem Zue...  
 schafften...  
 neuen un...  
 ausübten...  
 Die...  
 Deutscha...  
 einigen...  
 einer im...  
 Daß die...  
 schätzbar...  
 nachweis...  
 größerer...  
 ihre Zahl...  
 20 Proze...  
 die...  
 dem im...  
 nicht beg...  
 keine We...  
 der in...  
 über 500...  
 lung des...  
 6314 ging...  
 5837 aus...  
 Scharte...  
 rung der...  
 von 37...  
 ist also...  
 was wohl...  
 bildete...  
 behelich...  
 mancher...  
 Ro...  
 Faktoren...  
 naturgem...  
 fungen u...  
 Alle ermi...  
 unabhä...  
 mittelst...  
 mensche...  
 tung, ein...  
 Di...  
 veretne...  
 teue St...  
 tung ist...  
 E...  
 in aller...  
 ein alpin...  
 gung der...  
 bereite...  
 Wort M...  
 ihren V...  
 bischen...  
 Keitge...  
 unerfüll...  
 Point-C...  
 Plan n...  
 und, nur...  
 entfernt...  
 dies sein...  
 dung, d...  
 bereid...  
 winnen...  
 eine bis...  
 führen...  
 reigte...  
 eine ein...  
 Bes...  
 raden G...  
 nommen...  
 sehr ge...  
 als im...  
 in der...  
 in tablen...  
 marschier...  
 berichtigt...  
 laut tief...  
 lauten...  
 Kam...  
 waren...  
 machen...  
 daß bon...  
 sich...  
 ren und...  
 machten...  
 Stelle...  
 legen...  
 26 Meter